



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer, Kerstin Celina, Gabriele Triebel, Claudia Köhler, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Benjamin Adjei, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Elmar Hayn, Andreas Krahl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Haushaltsplan 2023;**

**hier: Unabhängige Ombudsstelle für Betroffene sexualisierter Gewalt und deren Angehörige schaffen  
(Kap. 10 01 neue TG)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 10 01 wird eine neue TG (Unabhängige Ombudsstelle für Betroffene sexualisierter Gewalt und deren Angehörige) ausgebracht und mit einem Ansatz in Höhe von 160,0 Tsd. Euro für Personal- und 50,0 Tsd. Euro für Sachkosten ausgestattet.

Im Stellenplan werden zwei Stellen der EGr. E 13 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen) und zwei Stellen der EGr. E 8 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen) neu ausgebracht, um zwei Stellen für die Einrichtung und Organisation der Stelle sowie zwei feste Stellen für die bayernweite psychosoziale Beratung zu schaffen.

### **Begründung:**

Die zahlreichen Fälle des sexuellen Missbrauchs vor allem in der katholischen Kirche sorgen seit Langem für Entsetzen. In der andauernden Debatte wird deutlich: Sexualisierte Gewalt betrifft Menschen jeden Geschlechts und jeden Alters. Auch wenn die katholische Kirche aktuell im Fokus der Debatte steht, findet sexualisierte Gewalt auch in vielen anderen Bereichen unserer Gesellschaft statt. Diese Gewalttaten aufzuklären, die Betroffenen und deren Angehörige zu unterstützen und künftigen Gewalt- und Straftaten vorzubeugen ist in besonderem Maße eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Staatsregierung steht deshalb in der Pflicht, flächendeckende psychosoziale und rechtliche Beratungen für alle Opfer sexualisierter Gewalt anzubieten, wie es die Betroffenen und deren Angehörige schon lange fordern.